

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schmelzereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Asphaltateure, Isolierer, Zieglensetzer, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgelb) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnjährigste Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kuponrabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehnjährigste Zeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.

### Bundesmitglieder! Nützt die Internationale Werbeweche zu emsiger Tätigkeit für die Stärkung unseres Baugewerksbundes! Verbreitet Aufklärung und werbt neue Mitglieder, damit dient Ihr der Gewerkschaft und Eurem eigenen Besten! An die verstärkte Werbearbeit vom 11. bis 19. September!

#### Vom Sächsischen Baugewerbetag.

Der Unbefangene dürfte unter „Sächsischem Baugewerbetag“ verstehen eine Zusammenkunft von Abgeordneten aller sächsischen Baugewerkskreise. Er dürfte annehmen, in erster Linie sei auf einer solchen Tagung vertreten der wichtigste Teil des Baugewerbes, die Arbeiterschaft aller Bauberufe, neben ihnen natürlich auch Bauunternehmer, Techniker und Architekten. Er dürfte ferner der Meinung sein, auf einer solchen Tagung würden die Interessen des Baugewerbes besprochen, nicht zuletzt die des wichtigsten Teils dieses Gewerbes, der Bauarbeiter. Dem ist nicht so. Unter „Sächsischem Baugewerbetag“ versteht ein von kapitalistischem Geiste durchtränktes Gemisch eine Zusammenkunft des unwichtigeren Teiles des sächsischen Baugewerbes, der Unternehmer, die im sogenannten Bezirksarbeiterverband für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen, im Sächsischen Bezirksarbeitsverband und zu Innungsverbänden zusammengeschlossen sind. Diese Kreise nennen sich „Sächsisches Baugewerbe“. Und was sie vertreten, sind nicht etwa baugewerbliche Interessen, sondern Interessen der Unternehmer und Innungsmeister. Solche falschen Bezeichnungen sind so Ueberlieferungen aus dem alten Obrigkeitsstaat, der im Arbeiter nur das Objekt beherrschender und unternehmerlicher Willenshandlungen erblickte; das wirkt auch in der Deutschen Republik nach, zumal die soeben genannten belanglosen Teile des Baugewerbes die Republik mit spießbürgerlicher Inbrunst dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Nach dieser Einleitung kommen wir zu dem „Sächsischen Baugewerbetag“. Er fand statt vom 7. bis 9. August in Aue. Zunächst sprach nach dem üblichen Höflichkeitserlaube der Syndikus Berger über „Die Lage im Baugewerbe“. Der Wirtschaftskampf im sächsischen Baugewerbe 1925 sei eine Freveltat — natürlich der Bauarbeiter — gewesen. 2 Millionen Mark seien dadurch verschwendet worden. Das „Sächsische Baugewerbe“ sei schuldlos an diesem „Verbrechen“. Die Schuld liege auf der Gegenseite. Hier wird der anfangs erwähnte Unbefangene wieder fragen, wer denn eigentlich diese „Gegenseite“ sei. Er muß immer von der Unternehmerauffassung ausgehen, die wir in unserer Einleitung beleuchtet haben. Das Sächsische Baugewerbe ist eben im Unternehmerjargon das Bauunternehmertum Sachsens, die „Gegenseite“ dagegen der wichtigste, unentbehrlichste Teil des Baugewerbes, die Bauarbeiterschaft, sind die hinter ihr stehenden Bauarbeiterorganisationen. Und nach der Ansicht des „Sächsischen Baugewerbes“ — wohlverstanden: in Sänftschühen! — ist jeder Bauarbeiterstreik eine Frechheit und Freveltat, eine Schädigung des „Baugewerbes“. Ausprägungen dagegen sind berechtigte Unternehmernotwehr. Das einzige „Gute“ aus diesem Streik sei, so sagte Herr Berger, die Keuring der Kampfakten der Gewerkschaften. Schade nur, daß sie sich wieder füllen...

Doch werden wir nicht zu weitläufig, sonst können wir die auf jenem „Baugewerbetag“ zum Ausdruck gebrachte „Sehnsüchtheit“ nicht in einem Aufsatze bergen. Herr Berger schlug Richtlinien des „Sächsischen Baugewerbes“ zur Annahme vor, die klar und nett den reinen Wirtschaftskreis verlassen und die politische Reaktion zur Hilfe anrufen. Bei der Land-

tagswahl im Herbst dürften nur solche Parteien oder Wahlbewerber unterstützt werden, die sich zu diesen Richtlinien bekennen. Aus dem Ring dieser Richtlinien brechen wir heraus: Die Aufhebung des Arbeitsministeriums unter Angliederung einer sozialpolitischen Abteilung an das Wirtschaftsministerium, also die mögliche Beseitigung

#### Zur Werbearbeit.

Die Werbearbeit ist ein schwerer Dienst; Man fährt dich, falls Du dich erlaubst, Gemeinlichkeit und Opferinn zu heißen, gar häufig an mit Schelten und mit Kreischen. Vergelte dann nicht gleiches mit dem gleichen; Soll Unverstand der bessern Einsicht weichen, So steh' in dem, der uns nicht zugehört, Den Kameraden, der nicht aufgeklärt. Sud' ihn mit Liebe für die Sache zu gewinnen, Dann lenkst Du bald sein Trachten und sein Sinnen Auf gute Wege. Du erweist dann Reizung Und schließlich kommt die wahre Ueberzeugung. Dann hast Du, ehe noch viel Zeit veronnen, Ein neues Mitglied unserm Bund gewonnen! Caes.

von Arbeiterrechten und der Sozialgesetzgebung. Ferner ist der Regiebau öffentlicher Körperschaften zu verbieten, demnach das Bauen den Bauunternehmern als Monopol zu überlassen. In den gleichen Rahmen fällt das geforderte Verbot der Bevorzugung „sogenannter“ gemeinnütziger Bauunternehmungen, also der sozialen Bauhütten, die das geforderte Monopol der Bauunternehmer stark bedrohen und dem Bauwucher vielfach unbequem werden. Die Zwangswirtschaft im Wohnungs- und Mietwesen ist zu „lödern“, das Ziel sei die baldige Beseitigung dieser Zwangswirtschaft. Alle „Hemmnisse der freien Bauwirtschaft“ sollen beseitigt werden. Zur „freien Bauwirtschaft“ gehören demnach nicht die Regiebauten öffentlicher Körperschaften oder die sozialen Bauhütten. Unter „freier Bauwirtschaft“ wird verstanden das Bauen durch private Bauunternehmer und Innungsmeister. Und obwohl man die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft verlangt, möchte man eine ordnungsgemäße Verwendung der Baugeländer aus der Mietzinssteuer und die Verwaltung dieser Steuererträge durch die Realcreditinstitute. Das ist zwar ein gelinder Widerspruch, aber man sucht sich eben alle Tären offen zu halten nach dem weisen Motto: Geht's nicht so, dann geht's anders. Ferner verlangt man die Konjunktionsierung des Baugewerbes bei der Neufassung der Gewerbeordnung, die Abschaffung des Bodenschpergesetzes in jeder Form und natürlich auch jeder Steuerpolitik, die die Grundlagen der Wirtschaft schmälert. Da die Herren unter „Wirtschaft“ nur sich verstehen, erhellt zur Genüge, was darunter verstanden wird. Das ganze Sammelsurium ist eben das Streben nach Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Allgemeinheit, nicht zuletzt der Arbeiterschaft. Mit diesen Forderungen will das „Sächsische Baugewerbe“ in den sächsischen Wahlkampf ziehen.

Natürlich wurden die Richtlinien unter allgemeinem Beifall angenommen. Auch was am nächsten Tage auf dem Bezirksstag des Bezirksinnungsverbandes Baumeister-

Rnebel sagte bei seinem Vortrag über „wirtschaftliche Probleme des Baugewerbes“. Allerdings standen seine Ausführungen zu den „Richtlinien“ in teilweisem Widerspruch. So verlangte der Herr „nachdrücklich“ die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungsweisen, während die Richtlinien nur deren „Lödierung“ wollen. Aber der Mann sprach gut. Arbeit sei seiner Meinung nach im Baugewerbe — man flume! — inülle und Fülle vorhanden. Man müsse die Arbeiter über wichtige Zeitfragen aufklären, ihnen vor Augen führen, daß die Wohnungsbauer Milliarden (!!) verschlingen und diese Milliarden besser produktiv verwendet würden. Jedenfalls soll diese „Aufklärung der Arbeiter“ vor sich gehen nach dem Rezept, das auf dieser Tagung Baumeister Großmann der Bauwirtschaft vertrieb. Dieser Mann verlangte in einem Atemzuge die Erhöhung der Mieten und die Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne. Vielleicht hält er darüber mal den Bauarbeitern in seiner Heimatstadt Dresden einen belehrenden Vortrag. Vielleicht sagt er ihnen dann, sie hätten „im Interesse der Bauwirtschaft“ den Schmachtriemen noch enger zu schnallen. Der Erfolg dürfte durchschlagend sein und die Aufklärung der Arbeiter dadurch mächtig gefördert werden, allerdings nach einer Richtung hin, die allen privaten Bauunternehmern und Innungsstellen gemeinhin Scheuel und Greuel ist...

Somit wäre von dieser Tagung nicht mehr viel zu berichten. Baurat Art meckerte gegen die Siedlungshäuser mit 3 oder 4 Kellerräumen, Küche, 3 Zimmern und 3 Bodenkammern, was uns als für eine Familie gedacht gleichfalls etwas reichlich — aber auch stark aufgetragen — erscheint, immerhin hätte der Herr zugleich sagen sollen, wie seine Wohnung beschaffen ist. Einen wunderschönen Satz prägte Herr Matthias: „Die Innungen sind keine Kampforganisationen, die sich gegen die Arbeiter richten, sondern eine Kampforganisation, die sich gegen die aus der Koalitionsfreiheit entspringenden Schäden richtet.“ Man könnte auch dementsprechend sagen: „Die Arbeiterverbände sind keine Kampforganisationen gegen die Innungen, sie sind es nur, wenn die Innungen oder sonstige Unternehmer ihren Mitgliedern wirtschaftliche Schäden zufügen wollen oder berechtigte Lohnforderungen ablehnen.“ Dieser Herr Matthias erklärte sich auch wohlwollend für die Erzielung eines gesunden gewerblichen Nachwuchses; aus diesem Grunde sei das Bestreben der Gewerkschaften, das Behrverhältnis in ein reines Tarif- und Arbeitsverhältnis umzuwandeln, zu bekämpfen. Daß der gewerbliche Nachwuchs in seiner Ausbildung darunter leiden könnte, wenn er nach Tarif entlohnt wird, dürfte Geheimnis eines Innungsmeistergemüts sein; wir gestatten uns, eine tarifliche Entlohnung der Lehrlinge als erstrebenswertes Ziel einzuschätzen, worunter die Ausbildung keineswegs leidet, zumal dadurch der willkürlichen Ausbeutung solcher jungen Leute ein Niegel vorgehoben wird.

Erwähnt sei auch noch die Rede des Herrn Dr. Grunmann, die inhaltlich das gleiche bot wie jene Rede, die er den Schleswig-Holsteinischen Bauunternehmern gehalten, worüber wir in unserer Nummer 33 berichtet haben. Im übrigen verlangte er im Baugewerbe 2400 Arbeitsstunden im Jahre, eine alte Forderung der Bauunternehmerorganisationen, die nichts Neues sagt und angeht des Beschäftigungsgrades

der Bauarbeiter in diesem Jahre wie grober Unfug annimmt.

Damit sind wir am Schluß. Die auf dieser Tagung geäußerten Bedankengänge gleichen denen auf andern Bauunternehmerkongressen. Neu ist daran das nach dem Bekanntnis zur politischen Reaktion. Jeder Bauunternehmer oder Innungsvertreter verpflichtet sich, bei den nächsten sächsischen Landtagswahlen nur einer ergriffenen Partei seine Stimme zu geben. Man erinnere sich der Vorwürfe, die in Reichstagswahlen auf uns niedergeschrieben, wenn im „Grundstein“ zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert wurde. Dann sprächen die Unternehmer Feuer und Fett und wiesen mit hochgehobenen Finger auf die „Geuchel“ der Gewerkschaften, die sich doch sonst parteipolitisch neutral nennen. Uns ließen solche „Vorwürfe“ kalt; wir kannten die Weisheit, den Text und dessen Verfasser. Jedemfalls aber wäre diese Stellungnahme der sächsischen Bauunternehmer eine Mahnung an alle Proletarier in Sachsen, Mittel und Wege zu suchen, um dort die trotzkistische verwerrene politische Arbeiterfront zu einen und sie geschlossen den vereinigten Rückschritten Sachsens im Wahlkampf entgegenzuwerfen. Es scheint aber, daß dies nicht geschehen wird. Der Wahlkampf wird sich dort so gestalten, daß die Proletarier Selbstverleugung treiben, wobei dann die Reaktionsäre aller Schattierungen die ladenden Vierten sind. Wir sind neugierig, wann endlich die deutschen Arbeiter den alten Arbeitssitz beherzigen und besorgen werden, daß nur Einigkeit stark macht und den Sieg verbürgt. Es wäre endlich höchste Zeit, sich an unsern wirtschaftlichen und politischen Gegnern ein Beispiel zu nehmen!

Unter dem Banner der Schwerindustrie.

Was ist die Bedeutung des bevorstehenden internationalen Eisenpastes? Vor allem hat er eine nicht zu unterschätzende weltpolitische Bedeutung. Man reibt von einer Entspannung der internationalen Politik, ja von einem neuen Locarno (vielleicht war bereits das wirkliche Locarno von den Verhandlungen der Eisenpastes beeinflusst). In der Tat deutet das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsabkommens — so unzulänglich dieses auch sei —, die bevorstehende Verminderung der französischen Besatzungstruppen, das Saarabkommen als eine Entspannung der internationalen Lage hin. Zwar ist Woincaré in Frankreich wieder als Auktor gekommen, er ist aber bekanntlich der Anwalt des Comité des Forges, der französischen Schwerindustrie, deren Frieden mit der deutschen auch ihn das Gesetz des Handels vorwärts treibt. Somit wäre es in Ordnung. Wenn aber die begeisterten Anhänger des Eisenpastes hier den Weg zur europäischen Union, ja zum Panuropa erblicken, so glauben wir, bei diesem Punkt stehen bleiben zu müssen. Zum ersten bedeutet der Eisenpaster keinen Zollabbau, im Gegenteil die Befestigung der Eisengölle. Die internationale Schwerindustrie tritt bereits als „neue Großmacht“ auf; ihr ist es anheimgestellt, über die Zölle zu entscheiden. Sehr bezeichnend ist dafür das deutsch-französische Handelsabkommen, aus dem die Frage der Eisengölle mit Rücksicht auf die privaten Verhandlungen der französischen Schwerindustrie mit der deutschen ausgeschaltet wurden. Nicht der Staat, die Schwerindustrie hat zu entscheiden. Was nun aber Panuropa als Produktionsgemeinschaft anbelangt, so bedeutet hier das internationale Eisenpatent, das neben den vier beteiligten Ländern auch die Schwerindustrie Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens zum Teil zu beherzigen bermagt, eher ein Hindernis als eine Förderung. Die Wiederherstellung und Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung. Die Erzeugung soll dort erfolgen, wo deren Bedingungen am günstigsten sind. Im Wesen des internationalen Kartells mit seiner Quotenverteilung liegt jedoch, daß auch die unter ungünstigen Bedingungen arbeitenden Werke mit Quoten ausgestattet werden, deren Abbau später schwer oder nur unter großen Opfern möglich ist.

Der wirtschaftliche Vorteil des internationalen Eisenpastes soll im Aufheben der Schleuderausfuhr, des wirtschaftlichen Dumpings, bestehen. In der Tat ist die deutsche Volkswirtschaft schwer unter dem Dumping der französisch-belgischen Schwerindustrie auf dem Weltmarkt. Diese Schleuderausfuhr war der Geldentwertung in jenen Ländern zuzuschreiben. Mit der Stabilisierung ihrer Währung muß sie langsam aufhören. Trotzdem müssen wir es begrüßen, wenn dem Dumping auf dem Weltmarkt, dem Verkauf im Ausland unter Produktionskosten, ein Riegel vorgezogen wird. Wir sind gegen jede Art von Dumping, sowohl gegen die wirtschaftliche wie gegen die soziale. Was wir aber fordern, daß nämlich mit dem Aufheben der Schleuderausfuhr die Inlandspreise, durch deren Hochhaltung die Schleuderausfuhr möglich war, gesenkt werden sollen, das bringt uns der Eisenpaster nicht. Im Gegenteil, er gibt die Möglichkeit der Hochhaltung, ja Erhöhung der Inlandspreise. Dabei ist es dem deutschen Verbraucher ein zu schwacher Trost, daß den Preissteigerungen der deutschen Schwerindustrie auch ohne internationales Kartell keine Schranken vom Ausland her gesetzt sind, seitdem es die Schwerindustrie verstand, den Eisenhandel sich zu unterwerfen und ihn zu zwingen, ausländisches Eisen nicht unter dem inländischen Kartellpreise zu verkaufen.

Die Verklärung der weltlichen und wirtschaftlichen Macht der Schwerindustrie durch den Eisenpaster bringt die Gefahr nahe, daß sie diese Macht gegen die Arbeitnehmer auch in internationalen Verträgen mißbrauchen wird. So glaubt der Berichterstatter des englischen „Daily Herald“ davon berichten zu können, daß im Eisenpatent Vereinbarungen über gemeinsames Vorgehen in Zollfragen, bei Streiks und in der Frage der Arbeitszeit getroffen wurden. Vornehmlich in bezug auf die Arbeitszeit soll die Arbeit der Schwerindustrie in den beteiligten Ländern bestehen, eine gemeinsame Offensive gegen den Achtstundentag und gegen

gunsten der neunstündigen Arbeit zu unternehmen. Es wird des Einflusses der ganzen politischen und gewerkschaftlichen Kraft der Arbeitnehmer bedürfen, um die drohenden Angriffe abzuwehren.

Fragen wir uns weiter über die Fernwirkungen der nationalen und internationalen Kartellierung der Schwerindustrie, so wird uns ein Zukunftsbild ergeben, das wir in seinen Umrissen heute bereits zu sehen vermögen. Produktionssteigerung und Preissteigerung sind die wesentlichen Momente sowohl der nationalen Kartelle wie des internationalen Eisenpatentes. Daraus folgt aber die weitere gewaltige Steigerung der Gewinne, eine schreckliche Kapitalbildung seitens der Schwerindustrie. Wie werden diese Gewinne verwendet, soweit sie nicht in den Luxuskonsum der Direktoren und der Aktionäre eingehen und auch nicht im Ausland angelegt werden? In der Schwerindustrie selbst werden diese Gewinne — durch Abführung in die Reserve oder durch Ausgabe neuer Aktien beziehungsweise Anleihen zur Erweiterung der Anlagen — nicht verwandt werden; geht doch deren Geschäftspolitik auf die Einschränkung der Produktion hinaus. Es müssen diese Gewinne, sei es durch direkten Erwerb von Beteiligungen, sei es auf dem Umweg durch die Dividenden, in der Fertigungsindustrie angelegt werden. Manche kapitalistische Kreise werden mit dieser Lösung zufrieden sein, sie werden sogar mit Genugtuung feststellen, daß nur die hohen Gewinne der Schwerindustrie, die sie durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter, das heißt der Fertigungsindustrie, erzielt, letzten Endes doch diesen zugute kommen. Sie werden vielleicht geneigt sein, darin ein „Stück der Woe“ zu erblicken. Für uns ist jedoch keineswegs gleichgültig, wie die Fertigungsindustrie zu ihrem Anlage- und Betriebskapital kommt. Abgesehen davon, daß die Fertigungsindustrie teurer erzeugt wird, wenn sie die ihr nötigen Kapitalien nicht aus eigener Kapitalbildung bereitstellen kann, sondern die von der Schwerindustriellen einströmenden Kapitalien teurer beschaffen muß (gleichgültig, ob in Form von Zinsen oder Dividenden) — abgesehen davon ist es nicht gleichgültig, daß die Finanzierung der Fertigungsindustrie fünfzigprozent durch die Schwerindustrie erfolgen wird. Finanzierung bedeutet hier Beherrschung. Gal die Schwerindustrie in der Kriegs- und Nachkriegszeit die Fertigungsindustrie durch den damals bestehenden Rohstoffmangel beherrschte, so eröffnet sich ihr jetzt, nach Aufheben der Rohstoffknappheit, ein neuer Weg der Beherrschung. Zumal wir nicht daran glauben, daß die Schwerindustrie, die in der letzten Zeit den Weg der horizontalen Konzentration, den Zusammenschluß gleichartiger Betriebe, eingeschlagen hat, auf die vertikale Konzentration, die Zusammenfassung von Betrieben verschiedener Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt, auf die Dauer verzichten wird. Mag sein, daß sie heute noch, um ihre finanziellen Kräfte für erste nicht zu überbieten, diese Politik verfolgt; jedoch produktionssteigernde wie auch handelspolitische Gesichtspunkte werden die Schwerindustrie zum weiteren Ausbau der vertikalen Konzentration bewegen. Sowohl ihre Kartellwesen wie ihre großen Gewinne werden ihr diese Politik ermöglichen. In dieser Beziehung erscheint die heute schon ungeheure Wirtschaftsmacht der Schwerindustrie erst als Anfang, dem die Beherrschung ganzer Wirtschaftszweige folgen wird.

Wie haben wir uns gegenüber diesen Wirtschaftsmächtern zu verhalten? Wir möchten mit den Worten Geny Brailsford, des Herausgebers des „New Leader“, antworten, der seinen Aufsatz über den Eisenpaster folgendermaßen schließt: „Die Sozialisten wissen, was sie zu erwarten haben. Die internationale Schwerindustrie wird nun zur größten Macht in Europa werden. Sie wird über die internationalen Beziehungen zu entscheiden haben, in der großen Politik die Drähte ziehen, Parteien subventionieren und ihrer gefassten Presse Befehle erteilen. Wir aber können die neue Internationale des Kapitals nicht durch Mittel der freien Konkurrenz der Vergangenheit bekämpfen. Mit allen ihren drohenden Gefahren bedeutet die neue Entwicklung einen organisatorischen Fortschritt. Ihr können wir nur entgegenzutreten, wenn wir die Kräfte zu einer sozialistischen Entwicklung wecken, den Weg für den Sozialismus vorbereiten.“

Der Stand der Wirtschaftskrise.

Das vor einigen Monaten von der Reichsregierung unter Mitwirkung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Körperlichkeiten, darunter auch der Gewerkschaften, geschaffene Institut für Konjunkturforschung legt seine Untersuchungen über den Stand der Konjunktur fort. Das soeben erschienene „Vierteljahrsheft für Konjunkturforschung“ enthält wertvolles Material, das bis Mitte August reicht. Nach dem Urteil des Instituts über die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft ist die offene Wirtschaftskrise, die sich in Deutschland in den Monaten Oktober bis Januar abspielte, im Februar in eine Phase der Depression, das heißt, in einen Abschnit gedrückter Wirtschaftslage, ausgelaufen. Diese Depression halte im Mai ihren Tiefpunkt erreicht. Gegenwärtig befinden wir uns, wie die verschiedenen Konjunkturbarometer mit aller Deutlichkeit anzeigen, im zweiten Abschnit der Depression. Die Frage, ob wir damit unmittelbar vor einem Aufschwung der Wirtschaft stehen, mag jedoch das Institut nicht zu beantworten.

Anzeichen einer Besserung will das Institut in den wichtigsten Wirtschaftszweigen beobachtet haben. Der Weltmarkt ist zwar noch stark flüchtig; aber wohl mehr infolge aufsteigender Auslandskapitalien, als infolge Daniederbleibens der Unternehmerrätigkeit, die sich etwas gehoben habe. Der Weltmarkt sei sich befinden sich seit Monaten in voller Pause. Diese Aufwärtsbewegung gehöre zu den Merkmalen der Depression. Sie habe diesmal freilich schon bei Beginn der Depression eingesetzt, während sie nach dem Schema erst um die Mitte dieses Wirtschaftsjahres beginne. Der Weltmarkt liege noch im ganzen darnieder. Die Verknüpfung des Straßensystems fange aber an, sich zu lösen; denn bei noch sinkenden Kleinhandels- und Großhandelsindizes mache sich bei den Konsumtverpflichtenden Waren schon ein Anzeichen der Besserung bemerkbar. Die Betrachtung der Mengenbewegung des Gültreistransportes für sich kündigt ebenfalls einen Aufschwung an; denn sowohl die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, als auch die Erzeugung wichtiger Grundstoffe habe zugenommen. Die Arbeitslosigkeit sei freilich noch kaum zurückgegangen; sie pflege aber auch sonst den beiden anderen Mengenkurven erst nach einiger Zeit zu folgen. Zur vollen Beurteilung der Konjunkturlage

sei es erforderlich, sie sowohl in einen größeren zeitlichen, als in einen größeren räumlichen Rahmen zu stellen.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist nach dem Urteil des Instituts für Konjunkturforschung nur zum Teil aus der Konjunkturlage zu erklären. Ja, es sei nicht einmal anzunehmen, daß die Arbeitslosigkeit bei dem jetzigen Stande der Nationalisierung unter die Mitte 1925 erreichte Zahl von 0,5 Millionen Arbeitslosen heruntergefallen werde. Selbst bei starkem Konjunkturaufschwung würde das nicht der Fall sein, wenn nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr und durch eine Erhöhung des inländischen Absatzes über den Stand von 1925 hinaus, ein neuer Bedarf an Arbeitskräften geschaffen werde. Die weltwirtschaftliche Situation, die den größten räumlichen Rahmen für die Beurteilung der deutschen Konjunktur bildet, lasse vielmehr weitere Fortschritte in der Produktionsleistung und damit weitere Freistellung von Arbeitskräften erwarten. Die gedrückte Konjunktur, in der sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig befindet, sei, wenn man von den Inflationsländern absehe, auch sonst in Europa zu beobachten. Ebenso seien die Veränderungen der Wirtschaftstruktur, auf deren Grunde sich die Konjunkturveränderungen abspielen, eine europäische Erscheinung. Diese stehe in hartem Gegensatz zur Wirtschaftslage der überseeischen Gebiete, namentlich Nordamerikas. Sie ergebe daher als die Folge eines weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses, der Europa zu harten Umstellungen zwingt. Die Dauer dieses Wachstumsprozesses mit seinen Folgen bemesse sich wohl nach Jahren und Jahrzehnten, mögen die auf den Konjunkturveränderungen beruhende Depression nach den bisherigen Erfahrungen nur nach Vierteljahrten zu bemessen sei. Einen Zeitpunkt für den bermutlichen Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwunges anzugeben, erklärt das Institut aber trotzdem für unmöglich, weil die Anzeichen der Erholung zum Teil auf noch außen wirkende und von Deutschland aus nicht zu beeinflussende Ursachen, wie den englischen Bergarbeitersstreik und die französische Inflation, sowie auf konjunkturpolitische Maßnahmen, zum Beispiel das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, zurückzuführen seien.

Sehr bemerkenswert sind die Ergebnisse einer vom Institut durchgeführten Untersuchung über das Problem der Arbeitslosigkeit. Es ist dabei festgestellt, daß die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland Mitte 1925 auf 31,5 Millionen zu veranschlagen war. 1918 betrug die Zahl der Erwerbstätigen im jetzigen Reichsgebiet dagegen nur 27,9 Millionen. 1925 waren es also 3,6 Millionen mehr als vor dem Kriege. Rechnen wir dazu für die Gegenwart 1,7 Millionen Arbeitslose ab, so wären jetzt immer noch fast 2 Millionen Menschen mehr in der Wirtschaft beschäftigt als 1918. Im Verein mit der Nationalisierung der Erzeugung, die zu einer höheren Ertragsleistung der menschlichen Arbeit geführt hat, ist das eine sehr einleuchtende Erklärung für den jetzigen Umfang der Arbeitslosigkeit. Eine Verringerung der Lage des Arbeitsmarktes hält das Institut für Konjunkturforschung nur für möglich durch eine Erweiterung des Absatzes im Inland oder durch eine Steigerung der Ausfuhr. — Mit dieser Schlussfolgerung sind wir durchaus einverstanden. Auf die Notwendigkeit, die Wirtschaftsmöglichkeiten im Inland zu erweitern, ist insbesondere von uns schon oft hingewiesen worden. Erreichen läßt sich diese Erweiterung des Absatzes im Inland nur durch eine kräftige Hebung der Kaufkraft der breiten Massen. Dafür ist entweder eine wirklich fähbare Senkung der Preise oder eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter notwendig. Andere Mittel gibt es dafür nicht.

Nicht verzagen, mutig vorwärts!

Die wirtschaftliche Entwicklung bereitet eine neue Zeit vor. In den Fabriken, Bureaus und Werkstätten geht eine technische Umgestaltung vor sich. Wo sich ehemals Menschenhände fleißig regten, werden Maschinen aufgebaut. Kolosse von Stahl und Eisen treten an die Stelle von Arbeitern. Menschen, prämiert mit dem Wohlstand der Freiheit, müssen hungern, müssen müßiggangern, weil der eiserne Arbeiter, die Maschine, ihre Arbeitsplätze eingenommen hat. Und die eisernen Kolosse haben die Eigenschaft, mehr zu schaffen als die Arbeiter, deren Stelle sie besetzen. Ja, sie sind mit einem Schwir ausgestattet, sie arbeiten selbständig, mechanisch, wie von einem unsichtbaren Geist getrieben. Vergewaltigen denken die Menschen: Ist das der Fortschritt der Kultur, der uns mit Arbeitslosigkeit bedrückt? Ist es nicht Wahnsinn, daß die Ertragsleistung der menschlichen Arbeit geteigert werden soll, wo sie jetzt erzeugten Produkte nicht einmal Arbeitslohn finden können? Wo bleiben die Arbeiterorganisationen und namentlich die Gewerkschaften? Können sie diese organisierte Wollust, die Arbeiter und Angestellten nicht verdrängen?

Nein, die Gewerkschaften können sich dem nicht entgegenstellen. Sie können das Rad der Zeit nicht aufhalten. Der Prozess der Mechanisierung birgt für sich bereits und Beschäft, aber als einseitige Folge und Kompensation der notwendigen Erziehung der Volkswirtschaft trägt er selbst der Charakter eines Naturvorgangs. Aus natürlichem Geschehen einen Widerstand vor der Welt, ein Verwehren an der Zukunft, einen Glauben an den Verfall der Menschheit herleiten, ist, wie jeder Pessimismus, ein sich selbst-berurteilend.

So urteilte Walter Rathenau über das Problem der Nationalisierung. In den letzten 100 Jahren haben wir ganz andere wirtschaftliche Revolutionen über die Bühne der Entwicklung gehen lassen. Die Erfindung der Dampfmaschine ergriffte anfangs nicht als Gegenüber, sondern als Fluch. Englische Arbeiter stürmten die Fabriken, weil sie in ihnen den Grund alles Unglücks sahen. Nach der großen Krise 1873/74 durchlebte die deutsche Arbeiterklasse eine der schwersten Perioden. Niedrige Löhne, Massenarbeitslosigkeit, schamlose infame Ausbeutung kennzeichneten die nächsten zwei Jahrzehnte. Mitte der neunziger Jahre setzte eine Sturm- und Drangperiode ein, die die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts trug. In knapp 20 Jahren wurde Deutschland zu einem der mächtigsten Industriestaaten der Welt. Eine reiche Bourgeoisie entstand, der Imperialismus erwachte und schuf jene weltpolitischen Verwirrungen, die man schließlich mit dem grausamen Mittel der Waffen zu lösen versuchte.



Die Manifestation in Litz läßt von der Firma Heintz, Brandt, Mühlendorf-Kremsburg, eine Ufergehäusenauer ausführen. Sie errichtet nun schnell eine kleine Bauführerbaude und schon ist der Hilfsgehilfen Litz vorhanden. Da in Litz selbst keine Leute zu haben sind, überhaupt auf der ganzen Insel nicht, läßt sich die Firma durch die festländischen Arbeitsnachweise bedienen, und paart damit die Auslösung von 8 Stunden täglich, die durch Vertrag festgelegt sind. Aber da die Arbeiter mit einem Tagesverdienst von 8 Stunden seinen doppelten Gehalt führen können, so gestattet man ihnen gnädigst, 12 Stunden zu arbeiten anstatt 8 Stunden. Da es sich um „freiwillige“ Ueberarbeit handelt, gab die Firma auch den Ueberstundenzuschlag nicht, und so kann sie mit dieser Umgehung des Tarifvertrages jede Konturierung schlagen. Die auf der Insel anstehenden Unternehmer zahlen anstandslos die Auslösung; aber die Großfirma Heintz, Brandt braucht es nicht, die kennt sich im Tarifwesen besser aus als die Kleinunternehmer der Insel. Am 20. August vor die Frage gestellt, ob sie tarifentsprechend zahlen wollte oder nicht, antwortete sie, nicht zahlen zu können. Sie habe das Geforderte nicht mit einzufakturiert. Öffentlich bewilligt das Marinebauamt der Firma nicht nachträglich das „Nichtzufakturierte“, sondern läßt die Firma mit ihrer Schamtheit und Schmutzkonturierung ordentlich hereinfallen. Die Baustelle ist gesperrt. Kein Maurer oder Hilfsarbeiter darf Arbeit bei der Firma Heintz, Brandt auf Sicht annehmen, bis sie den Vertrag auch bei dieser Arbeit durchgeführt hat.

Bezirksverband Königberg, für Ostpreußen ist dreimal vor dem Zentralschiedsgericht verhandelt worden. Jedesmal wurde der Lohnstreit in den Bezirk zurückverwiesen, zuletzt mit der Aufgabe, den Streit endgültig durch ein bezirksliches Schiedsgericht entscheiden zu lassen, wenn keine Einigung zustande kommt. Die Verhandlungen fanden am 24. August vor dem Tarifamtsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Boeder statt. Die Unternehmer hielten ihre ursprünglichen Forderungen aufrecht, die dahingegen, den Lohn in den Lohngebieten II, IIa und III um 15 % abzugeben. In früheren Verhandlungen waren sie jedoch bereit, in ihren Wohngebieten auf 5 Pfennige herunterzugehen, wenn die Arbeitnehmer ihren Antrag zur Verringerung der Lohngebiete fallen ließen. Davon konnte keine Rede sein, denn das durch Schiedsgericht im Frühjahr 1925 geschaffene Urrecht in der Lohngebieten-Einteilung hatte später im Oktober nur eine geringe Korrektur erfahren. — Die von den Unternehmern vorgebrachten Gründe bewegten sich in dem üblichen Geleise. Offen erklärten sie, daß die Unternehmer in andern Industriezweigen gegen die „hohen“ Bauarbeiterlöhne protestieren. Damit gaben sie gleichzeitig zu, daß die Anträge auf Lohnherabsetzung nicht eigenen Entschlüssen entsprächen, sondern von andern interessierten Kreisen befohlen wurden. Ein Unternehmervertreter versetzte sich zu der Behauptung, daß es den Bauarbeitern im allgemeinen besser gehe als den Bauunternehmern. In Hauenberg seien beispielsweise 36 Maurer gleichzeitig Siebler. Dem Herrn ließen unsere Vertreter die Antwort nicht schuldig. Den Vorschlag, einmal für einige Monate mit dem Entkommen eines Bauarbeiters, gegebenenfalls mit der Erwerbslosenunterstützung zufrieden zu sein, in dieser Sache einen Laufschuß einzugehen mit einem unserer Kollegen, nahm er allerdings nicht an. Ein anderer Unternehmervertreter sagte, daß die Bauarbeiter, insbesondere die Maurer, selbst einsehen, daß der Lohn zu hoch sei, denn sie bieten sich zu 60 % (Zarifflohn 73 %) an. Keine 5 % der Bauarbeiter in den Orten der unteren Lohnklassen arbeiten zum Tarif. Zudem seien sehr viele Außenleiter vorhanden. Deren Schmutzkonturierung sprengte die Unternehmerorganisation. Die Unternehmer verklagten auch hier, wie das allgemein vom Zentralschiedsgericht gefordert wurde, daß der Lohnabbau als Kitt für ihre Organisation kommen müsse. Verderb hatten sie ihr Ramment nicht vergebens angebracht. Der Schiedsrichter erfüllt allerdings nicht die Wünsche der Unternehmer, er bringt aber doch für das Lohngebiet III eine Lohnherabsetzung für alle Arbeitergruppen um 5 % die Stunde. Die neuen Löhne haben Gültigkeit vom 25. August an. Die Löhne in der ganzen Provinz (also für alle Lohngebiete: I, II, IIa und III) gelten bis 1. Februar 1927. Im Januar sollen Verhandlungen über Neuverfestung der Löhne stattfinden. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann behalten die bis dahin gegebenen Löhne entsprechend dem zentralen Abkommen vom 18. Februar 1926 weitere Gültigkeit bis zum 28. Februar 1927. Das Schiedsgericht hatte den Parteien aufgegeben, eine Kommission einzusetzen zur Schlichtung etwa auftretender Differenzen. Der Kommission ist auch die Aufgabe übergeben worden, die Anträge der Arbeitnehmer auf Verringerung ihrer Lohngebieten-Einteilung zu beraten. — Allgemein und im Lohngebiet III besonders haben unsere Kollegen die Aufgabe, die noch fernstehenden Bauarbeiter der Organisation zuzuführen und sie vor allem dazu zu veranlassen, daß die vereinbarten Löhne auch geschäft werden. Die Tarifrichter auf beiden Seiten (den organisierten Unternehmern) müssen in der Verhandlung größte Energie bekämpft werden. Unsere Funktionäre stellen dabei ihren Mann. Die Arbeitgeberverbände haben jetzt dafür zu sorgen, daß in ihren Ortsverbänden die erste Voraussetzung für eine Tarifgemeinschaft, der Grundgedanke von Treu und Glauben, wieder hergestellt wird.

**Stuttgart.** In Feuerbach sind in der Kunststeinfabrik von David Böcher Lohndifferenzen ausgebrochen. Die Firma will den Arbeitern wilden Alford und untertarifliche Löhne aufzwingen. Sie hat gegenwärtig auch Arbeiter für die Siedlungsbauten der Stadt Stuttgart angeworben. Zugang von Steinhauern, Zementleuten und Hilfsarbeitern ist strengstens ferngehalten.

**Aus den Bauwerkstätten**

Aue. (Halbjährs-Generalsammlung.) Dem vielfältigst vorgelegten Geschäfts- und Kassenbericht, den Kollege Müller noch näher erläuterte und ergänzte, ist zu entnehmen: Der Mitgliederstand ist von 879 auf 601 gestiegen. Nach Auslösung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter sind durch dessen Angestellten unserer Bauwerkstätte 207 Mitgliedsbücher übergeben worden. 200 bis 300 Fach- und Hilfsarbeiter sind zur Zeit noch unorganisiert auf den Baustellen tätig. Schulp- und haltlos stehen diese Ausschöler dem Unternehmer gegenüber und werden zu Lohnbrüchern. Diese Kategorie hat die gut organisierte Unternehmervereinigung

veranlaßt, am 8. März und 8. Juni einen Lohnabbauverbot durchzuführen, der aber durch unsere Verhandlungsvertreter noch mißsam abgewendet werden konnte. Öffentlich gehen diese Individuen aus diesen Vorgängen bald die nötige Lehre und finden den Weg zum Bauwerkstätten, noch bevor die Unternehmer mit uns erneut die Klängen zu kreuzen versuchen. Die Einnahme für die Hauptliste betrug im 2. Quartal 3896,05 M., die Einnahme der Sozialliste 1506 M., ihre Ausgabe 2047,22 M. Durchschlüssig wurden im 2. Quartal die Mitglieder nur 7 Beiträge umgelegt, so groß war die Arbeitslosigkeit. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Das Bureau ist nach der Lutherstraße 19 verlegt worden. — Die Bauamtigkeit hat wegen der späten Regelung des Bauteilkapitals durch die zuständigen Regierungsstellen erst Mitte Mai langsam eingelebt; auch jetzt nimmt der Baumarft noch nicht alle Handarbeiter auf. Ein Teil unserer Mitglieder war seit März bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Bauarbeiterkommission hat sich neugebildet. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Amtshauptmannschaft Schwabengrün mit der Stadt Zwönitz. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Kollege Müller, Aue, zum Kassierer Kollege Maul, Aue. Die Tätigkeit der Bauamtigkeit durchführenden Organe wurde von den Delegierten der Baustelle nicht immer genügend gewürdigt und unterstützt. Hierauf hielt Kollege Bernhardt vom Bundesvorstand einen Vortrag über die Lohn- und Tarifpolitik unseres Bundes. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß die Vertreter unseres Bundes bei der Ausarbeitung von Wirtschaftskampfen durch ihre gesammelten Erfahrungen und die Macht unserer Organisation immer im besten Interesse unserer Mitglieder zur richtigen Zeit und an richtiger Stelle zu handeln verstanden haben. Der Vortrag fand allgemeine Anerkennung. Zum Schluß wurde die Wiederaufnahme der 1922 vom Bundesvorstand ausgeschlossenen Kollegen besprochen und folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung wünscht die sofortige Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen von 1922 ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Hebergung, soweit sie bestrebt sind, die gemeinschaftliche Gesinnung unseres Bundes anzuerkennen. Daraus ergibt sich, daß eine Bestrafung zur Wiederaufnahme solcher Personen abgelehnt wird, die nach wie vor im Auftrag einer politischen Partei gegen den Bund agitatorisch tätig sind und damit die Einheit der Bauwerkstätte erneut gefährden.“

**Breslau.** (Zubilarfeier.) Am 5. Juni hatte die Bauwerkstätte Breslau ihre, im 25. Jahre und darüber angehenden Mitglieder zu einer Festveranstaltung im Gewerkschaftshaus veranstaltet. In den festlich dekorierten Räumen fühlten sich unsere alten Kämpen mit ihren Frauen halb recht wohl; der Ausdruck der Freude und Befriedigung auf allen Gesichtern zeugte davon. Die Musikdarbietungen, der Prolog von Frauäulen Cypert, die humorvollen Darbietungen in schlesischer Mundart von Emma Schmidt fanden ungeteilten Beifall. Unter unsern alten Freunden sahen wir so manchen wieder, der in harter und schwerer Zeit seinen Mann gestanden und besonders im Vordergrund sich bewegt hat. Da waren Josef Kofke und Karl Kai von den Maurern, da waren Maxent Schöna und Theodor Macholl von den Bauhilfsarbeitern, Zirkel und Hoffmann von den Köpfen, Andreski von den Schuttarbeitern und noch viele andere, deren Nennung eine sehr lange Liste erforderte; denn nicht weniger als 270 Jubilare zählt unsere Organisation. Leider fehlte an diesem Abend der Vektor der Breslauer Maurer, der Bezirksleiter und erste Angestellte der Breslauer Gewerkschaftsbewegung überhaupt, Heinrich Rösler, der an der Weinstockung in Düsseldorf teilgenommen hatte. Auch zwei der angestellten Kollegen, August Jünkele und Fritz Schabel, gehörten zu den Jubilaren. In seiner Festrede beleuchtete Kollege Meise die Entstehungsdaten der einzelnen Gruppen, die den heutigen Bauwerkstätten bilden, er skizzierte erste und humorvolle Szenen, deutete auf den Großkampf von 1910 hin und erinnerte an die Taten, die uns der Weltkrieg nahm. Er erinnerte auch daran, daß unsere alten Freunde nicht zuletzt ihren Kampf gegen die herrschenden Mächte im Verein mit ihren Lebensgefährtinnen führen mußten. In seinem Schlußwort sagte Meise, der einzelne vermöge nur als dem Ganzen sich einfügen in der Organisation etwas zu leisten; er schloß mit einem Appell an die Jungen, es den Alten nachzumachen, auch wenn die heutige Wirtschaftskrise erneute Anläufe des Unternehmertums tagtäglich bringe! Daran schloß sich die Verteilung der Diplome und ein Geschenk der Bauwerkstätte von 20 M. an jeden Jubilare. Gemeinsame Gesänge und Tanz hielten dann die Festteilnehmer bis zur frühen Morgenstunde in äußerst froher Stimmung beisammen. Der Gesamtverlauf bewies, daß auch in unsern Kreisen würdige und trotzdem frohe Feste gefeiert werden können. Kollegen vom Bauwerkstätten! Die Jubilarezeit ist vorbei. Neue Kämpfe erwarten uns! Neu gefaßt wollen wir diese an uns herankommen lassen!

**Buer.** (Erntedankfest.) Einer unserer Aeltesten und Besten, Ernst Krause, ist nicht mehr. Wir haben ihn zu Grabe getragen, er ist von uns gegangen auf Nummerwiedersehen. Der Verstorbene war weiten Kreisen unserer Kollegenschaft, auch außerhalb unserer Bauwerkstätte, als ein hochachtbarer Mitkämpfer in unserer Organisation bekannt. Er war ein edler Mensch, ein aufrechter Charakter, der gerade seines Weges ging, der immer für die Gewerkschaft gestrebt hat und mit Mann und Tat seinen Mann stand. Wenn Ernst Krause in unseren Versammlungen das Wort nahm, dann mußte jeder, was es zu bedeuten hatte, und es war oft erschütternd, wenn er mit einfachen, aber klaren Worten seinen Standpunkt und das Wesen der Organisation darlegte. Als fremder Maurergeselle ist er weit in der Welt herumgekommen. In seinen jüngeren Jahren war er sogar in der französischen Fremdenlegation, aus der er desertierte. Bei der Beschäftigung des Ruhrgebietes mußte er als fast selbstjähriger Mann noch einmal flüchten, um seinen Verfolgern nicht in die Hände zu fallen. Nun ruht er in friedlicher Erde. In seinem Grabe haben wir gelobt, ihm nachzusehen in dem Streben für die Gewerkschaftsbewegung. Seine Andenken können wir nicht besser in Ehren halten, als wenn wir dieses Gelübniß eingedenk sind.

**Görlitz.** (Baudelegiertenessen der Unternehmern.) Wie in vielen andern Orten nimmt auch in unserer Baustelle Kolberg kein Kollege gern das Amt eines Baudelegierten an. Dennoch haben wir es so weit bringen können, daß wir heute noch auf jedem Bau in Kolberg Baudelegierte haben. Dem Maurer- und Zimmermeister Moritz behagte allerdings das ganze Baudelegiertenamt nicht. Und als nun gar ein Maurer, der sonst schon 3 Jahre dort beschäftigt war, in diesem Jahre an einem Neubau als Baudelegierter gewählt wurde, da konnte es Moritz nicht einleuchten, warum gerade der er sein müsse. Ja, dann wurde der Kollege krank, er mußte etwa 14 Tage die Arbeitsstelle meiden. Als er dann aber auf der Arbeitsstelle erschien, eröffnete ihm der Polier (Kollerbändler), hier sei für ihn keine Arbeit mehr, er sei entlassen. Das ließ sich der Kollege natürlich nicht gefallen. Denn Krankheit unterbricht das Arbeitsverhältnis nicht und als Baudelegierter konnte er erst entlassen werden, wenn der Bau fertig oder seinem Ende nahe war. Diese Einwände begriff auch Herr Moritz; er verlangte deshalb, der Kollege sollte dann auf eine andere Baustelle gehen. Aber das lehnte der Kollege aus den oben angedeuteten Gründen ab. Nun wurde er aber doch entlassen. Wir reichten deshalb Klage beim Gewerbegericht ein und dieses schloß sich unserer Ansicht an; der Kollege mußte wieder eingestellelt werden, außerdem mußte Herr Moritz den Lohnanspruch des Kollegen von 123,75 M. beanspruchen. Dies trankte Herr Moritz, er sann auf Rache. Nach weiteren 14 Tagen war der Bau soweit fertiggestellt, daß die Reparaturarbeiten beginnen konnten. Diese wurden aber schnell zurückgestellt und sämtliche Maurer des Baues wegen Arbeitsmangel entlassen. Die Bauhilfsarbeiter wurden weiter beschäftigt. So ist der Moritz nun seinen unliebamen Baudelegierten los, der unsern Standes nur seine „gesetzlich gewährleistete“ Schuldigkeit erfüllt hat. Alle Kollegen haben an anderer Stelle Arbeit gefunden; nun wird Herr Moritz versuchen, alle Maurer wieder zurückzuführen, nur den einen nicht. Leider wird es Kollegen geben, die dem Ruf folgen. Aufgabe aller Kollegen mußte es nun sein, nicht eher auf den Bau zu gehen, bevor nicht auch der frühere Baudelegierte angefordert wird. Aber so weit dürfte leider das Solidaritätsgefühl nicht reichen. . . .

**Güßrin.** Unsere Generalversammlung fand am 8. August statt. Außer den 16 Delegierten waren vom Bezirksvorstand anwesend die Kollegen Otto Lehmann und Max Anton. Zunächst gab der Geschäftsführer, Kollege Albert Wiedt, einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit. Die Bauamtigkeit im bezirksfreien Jahre habe sich nicht in der Weise gestaltet, wie sie von vielen Zeitungs- und Zeitschriften berichtet worden war. Auch die finanzielle Seite der Bauwerkstätte ergibt kein gutes Bild. Dann gab Kollege Anton Bericht, einen ausführlichen Geschäftsbericht, der unter den Delegierten eine sehr heftige Kritik gegen den Geschäftsführer hervorrief. Kollege Lehmann schloß daran, wie diese mißliebigen Kassenverhältnisse entstanden sind, worauf Kollege Wiedt die Erklärung gab, daß er in Anbetracht der schlechten Kassenverhältnisse von seinem Posten als Geschäftsführer zurücktrete. Als kurzen Auseinandersetzungen wurde dann zur Vorstandswahl übergegangen. Einstimmig gewählt wurden als 1. Vorsteher Carl Calische, als 2. Vorsteher R. Wumpff, als 1. Kassierer und Geschäftsführer Ernst Wamm, als Stellvertreter W. Geiseler, als Schriftführer R. Schulze, als Revisoren W. Geisler, K. Knipfel, Bernhard Brädel, als Beirat E. Weber, Güßrin, M. Schiewe, Manchnow, M. Prina, Königberg, P. Schütz, Wich, E. Fieri, Neulandow. Nach Behandlung einiger tariflicher und organisatorischer Fragen durch den Bezirksvorstand erklärte noch der Vorsitzende der Bauwerkstätte für den Bauwerkstättenbezirk und werden zu wollen, womit die Versammlung ihr Ende erreichte.

**Rößn.** Unsere Generalversammlung für das 2. Quartal tagte am 25. August. Im Geschäftsbericht stellte der Vorsitzende fest, daß sich die Erwarungen auf einen besseren Ausgang für den Sommer als früherge erweisen haben. Die weiblichen Bauarbeiter sind kaum nennenswert, die der Stadt aus dem Mitteln der Hauszinssteuer zur Verfügung stehenden Beträge reichen nicht, den Baumarft wesentlich zu beleben und die Wohnungsnot zu beheben. Neuerdings hat die Stadt beschloffen, einen Kredit von 20 Millionen Mark für den Wohnungsbauforschung aufzunehmen. Reich und Staat haben dem Wohnungsbauforschung mit allen gesunden und sittlichen Schänden nicht die genügende Beachtung entgegengebracht. Die vorgelegenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lassen die gute Bauperiode ungenützt, indem sie recht spät einsehen. Über 30.000 gelernter Bauarbeiter in der Rheinprovinz, davon allein 8000 im Stadtgebiet Rößn, müssen unbeschäftelt ihre Arbeitskräfte in den Schatz legen, während das Wohnungsproblem zum Himmel schreit. Auf diese Zustände weisen die Bauarbeiter seit Jahren hin, getragen von der Ansicht, an der Verbesserung der Verhältnisse mitzumachen. Leider sind die maßgebenden Stellen in Reich und Staat nicht über viel mehr als salbungsvolle Reden über Wohnungsproblem und Arbeitsbeschaffung hinausgekommen. Daß die Unternehmer im Bauwerkstätten gleich den Industriezweigen die „Anhebung der Wirtschaft“ mit dem Lohnabbau erstreben wollen, bitten wir auch in unserm Wohngebiet als Tatsache vorzunehmen. Die Herren Syndikatsbesitzer mit bewundernswertem Eifer das Rezept, mit der gefestigten Kaufkraft der Arbeiter lasse sich der Baumarft und die gesamte Wirtschaft beleben. Gegen diesen Uninn mußten unsere Kollegen wiederholt den Aufbruchkampf aufnehmen. Die Pfostenleger standen 6 Wochen im Streik. Durch Schiedspruch wurden die Vorkordräge um 8 % gestürzt. Die viel weitergehenden Forderungen der Unternehmer wurden zurückgewiesen. Die Stundenlöhne und die Ferienanprüche bleiben bestehen. Im Holzgewerbe lehnten die Unternehmer eine im Mai getroffene zentrale Regelung ab, sie erreichten damit, daß die Löhne in der nachfolgenden Verhandlung um 2 % gestürzt wurden. Der Angriff auf die Ferien konnte abgewehrt werden. Die neue Regelung des Vertrages im Holzgewerbe führte zum Reichsstatut unter

Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne, Affordränge und Ferien bis Ende Mai 1927. Mit der Möglichkeit eines erneuten Anschlages des Arbeitgeberbundes auf die Löhne der Maurer, Zimmerer, Glaser- und Erdarbeiter sei durch etwaige Kündigung des Lohnvertrages zum 15. September zu rechnen. Dem ließe allerdings gegenüber, daß die Bauarbeiter nicht gemißt mit den derzeitigen Löhnen ein menschenunwürdiges Leben weiterzuführen. Die stärkste Einsparung aller Kräfte sei weiterzuführen. Die stärkste Einsparung im Baugewerbe durch Zusammenfassung der Kräfte. — Der Verfallungsbesuch konnte nicht immer befriedigen. Auch die adäquante Arbeitszeit muß strenger innegehalten werden. Im 2. Quartal waren 28 Lohnlagen am Gemeindegeld zu führen, wobei durch Anteil die Unternehmer verpflichtet wurden, 2670 M zu zahlen. Bei den Ausschlagsarbeiten an den Wagenhallen der elektrischen Bahn der Stadt Köln im Vorort Sülz verfuhr der ausführende Unternehmer den zuständigen Tariflohn zu drücken. Die Verwaltung der Baugewerkschaft wird alles daran setzen, die Bezahlung der vertraglichen Löhne durchzusetzen. Anschließend berichtet Jäger, durch die Bemühungen des Bundes und der Spitzenverbände sei erreicht worden, daß durch ministerielle Verfügung paritätische, aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzte Verhandlungskommissionen eingesetzt werden, um Auswärtigen bei Submissionen zu begünstigen. Zusammenfassend gab Jäger der Hoffnung Ausdruck, daß die festgesetzten Kerngruppen der organisierten Bauarbeiter aller Bundesverbände, vom Trost sich bespaßten werden. Der Klassenbericht vom Trost sich bespaßten, zeigte ein Bild der gebrierten Wirtschaftslage in dem gähnendsten Aufstand an Unterführungen. Die Hauptkassette hatte einen Umlauf von 26 664 M, die Kassa schließt ab mit 16 129 M Einnahme und 14 192 M Ausgabe. Auf Antrag der Revisioner wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Verammlung ist mit der Umstellung der Verwaltung bei der Einföhrung der Beiträge und der Aufregung einverstanden. Der Antrag der Jägerstelle Rippes, die arbeitslosen Mitglieder zu einer Verammlung zu laden, um ihre einschlägigen Wünsche und Belange zu besprechen, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiegen. Den Kollegen Wintemann und Kramer wurde wegen ihres unolidarischen Verhaltens bei der Sperrung im Carlswerk eine Rüge erteilt und ihnen die Bekleidung von Ehrenämtern in der Organisation für ein Jahr untersagt. Die Aussprache war allgemein glücklich. Nach Schluß der Tagesordnung konnte Jäger noch Ausführungen über die geplanten Aufgaben und Ziele des Gewerkschaftsbundes geben.

Kronach. Nach der 1. Sitzung im Zustand im Baugewerbe unseres Bezirks berichtete in der Verammlung am 8. August Kollege Mich. Gundschitz sich über die überaus schlechte Bauwirtschaft; eine ganze Reihe von Kollegen ist noch vom Spätherbst 1925 her arbeitslos. Wenn im Herbst die Bauwirtschaft nicht besser wird, werden diese Kollegen in diesem Jahre nicht mehr in Arbeit kommen. Die Unternehmer sind bestrebt, den Lohn abzubauen, sie werden dabei begünstigt durch Kollegen, die sich zu geringeren Löhnen anbieten, um nur endlich Arbeit zu bekommen. So werden Fach- und Hilfsarbeiter stündlich um 10 bis 15 s niedriger entlohnt als der Tarif vorschreibt. Die meiste Schuld daran ist den Kollegen zuzuschreiben, unter ihnen ist eine noch nie dagewesene Gleichgültigkeit, Nulltoleranz, bei manchen sogar grenzenlose Feigheit eingetreten. Auf seiner Baustelle ist ein Bauleiter getreten vorhanden, Arbeiter werden geleistet ohne Bezahlung. Majestätigkeiten verachtet ohne besonderen Zuschlag. Der Gewerkschaft ist teilweise schiedt. Die beiden größten Unternehmer, die zur Zeit in Kronach einen Posten ausführen, zahlen erst seit 28 Juli den vollen Tariflohn; vorher haben auch sie noch Guldinchen bezahlt. Einer dieser beiden Unternehmer, ein sehr junger Mann, glaubt den Arbeitern durch Zurück zu imponieren wie: „Die Herren sind wir“, „es wird gearbeitet, so lange wie wir wollen!“ Der Herr weiß eben nicht, daß ein Tarifvertrag Rechte und Pflichten für beide Teile enthält und Zwischenschaltung Tariflohn ist. Kollege Schönstein ging auf die Gründungszeit des Vereins, auf das Jahr 1903 zurück; er schilberte, wie die alten Kollegen kämpfen mußten, um die Organisation in die Höhe zu bringen. Wir hatten damals auch sichtbare Erfolge, die Arbeitszeit wurde von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden gekürzt, der Lohn für Facharbeiter wurde nach und nach von 30 auf 40 s erhöht; der Lohn der Hilfsarbeiter von 22 auf 32 s. Damals hatten wir eine Minderdeutung durch die Kollegen, heute sieht man nur noch Jagdgesellschaft. — Die Aussprache war sehr ausgefallen, zumal dabei die Kollegen Mich und Schönstein Ausführungen gaben über die Vertragsfrage, den Bauarbeiterklub, den Tarifvertrag, das Bauleitertemsel und das Betriebsratsgesetz. Ferner wurden die schamlosen Skandalationen verschiedener Unternehmer zur Sprache gebracht. Dadurch erklärten sich durchaus Rohndrucker und Antreiber. Die Kollegen wurden erlucht, mehr als bisher der Verwaltung den Rücken zu decken und laßtfräftig an der Erhaltung unserer Ergründungsfunktion mitzuarbeiten. Für den Postenbau soll eine besondere Betriebsversammlung abgehalten werden.

Aus den Fachgruppen

Uffhaliierer.

Berlin. Eine Fachgruppenversammlung nahm am 31. Juli Stellung zu der Entlohnung der Arbeiter am Stammespreise und an der Maßnahmefolge. Kollege Bittke äußerte: Die Einführung der Maschinenarbeit in unsere Industrie habe die Arbeitsverhältnisse wesentlich verschoben. Bei Uffhaliierer des gegenwärtigen Tarifvertrages war diese Entlohnung in unserem Gewerbe nicht voraussetzen. Für die neuvergerichtete Arbeit am Kompresse und für die schwer anstrengende Arbeit im Maschinenbau eine höhere Bezahlung zu verlangen, ist durchaus berechtigt. Da sich die Unternehmer weigern, höhere Löhne, als sie im Tarifvertrag vorgesehen sind, zu zahlen, so muß der Lohn in diesen beiden Gruppen reduziert werden. Wegen die Einführung der Maschinenarbeit sich zu wehren, wäre rüchsiglich; die Einführung darf jedoch nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen. Darüber

wird mit den Unternehmern verhandelt werden. In der Aussprache stimmten alle Kollegen dem Kollegen Bittke zu, bis auf den Kollegen Grapentin, der die Organisationsleitung für diese Mifstände verantwortlich machen wollte. Er wurde aber vom Kollegen Krieger darüber belehrt, wer die Schuld an diesen Dingen trägt. In einer Entschlieung wurde die Gruppenleitung beauftragt, so bald als möglich mit den Unternehmern über diese Angelegenheit zu verhandeln. Weiter wird in der Entschlieung geordert, die Unternehmer sollen bei Bedarf an Arbeitern unter Arbeitsnachweis benutzen. Die Verammlung wendete sich mit aller Schärfe dagegen, daß die Unternehmer es stillschweigend dulden, wie einzelne Vorarbeiter Verwahrloste vom Lande kommen lassen und diese einstellen. — Die Unternehmer haben sich nicht starrig. In der Verhandlung mit den Unternehmern über die Entlohnung bei der Maschinenarbeit kam es zu keiner Verständigung. Der Vorsitz der Unternehmer, Herr Direktor Werth, erklärte, die Unternehmer halten die jetzigen Löhne für ausreichend. Höhere Löhne werden nicht gewährt. Im übrigen wären keine Leute auch mit den Löhnen zufrieden. Anscheinend glauben die Unternehmer jetzt obenau zu sein. Es sollten indes nicht vergessen, daß allzu stark leicht fahrig macht.

Leipzig. In der am 7. August stattgefundenen Fachgruppenversammlung sprach Genosse Kronenberg über die Lage der Bauwirtschaft. Das, was sich die Meister 1918 davon erträumen hätten, sei leider nicht eingetroffen. Allerdings müßten auch die Arbeiter einsehen, daß sie in sozialisierten Betrieben alle Kräfte einzusetzen haben, nur dadurch könne der

**Schnitterinnen.**

Schnitterinnen ruhen unterm Apfelbaum,  
Braune Wolken schütteln ihren Regenbaum.

Ostwind streicht der Gerste übers blonde haar,  
Dort am Waldrain singt die Amsel hell und klar.

Blauer Thymian schenkt seinen weichen Duft,  
Schwere Raben fliegen durch die Regenluft.

Schnitterinnen, eure Sideln sind der Tod,  
O, wie blüht der Mohr so rot, so rot, so rot!

Mag dort.

Privatprofit erfolgreich bekämpft werden. Durch unsere Regierarbeit seien die Preise der Unternehmer bereits heruntergedrückt worden; dies beweisen die Ergebnisse der letzten Geschäftsjahre. Die Arbeiterfrage möge einig sein, dann werde sie auch ihre Ziele durchsetzen. In der Aussprache erklärte Kollege Hirschmeyer, daß städtische Waffentrost sei rentabel, es arbeite viel billiger als die Privatunternehmer. Vor dem Krieg waren die Leipziger Unternehmer in Waffentrostarbeiten die teuersten, heute hat sich dies geändert. Leider sieht sich Kollege dazu bezeugen, zur Verleistung der städtischen Regie ihre Unternehmung herzugeben. Dieses Handlungsmittel für Unternehmermessen kann allerdings nur bei Kollegen, die sich früher am nichts gekümmert haben. Anders Meiner seitdem allezeit an der städtischen Regie zu haben. Genosse Kronenberg sagte ihnen in einem Schlußwort, daß es merkwürdigerweise unter den Arbeitern schon wieder eine Anzahl untauler Köpfe gebe, die in Fahrgast der Rechtsparieren schwimmen und gegen die Regie arbeiten. Kollege Buchmann ging darauf noch näher ein und mochte am Schluß eindringlich zu festem Zusammenhalten.

München. Am 16. August sprach unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Lint, Berlin, in einer Mitgliedsversammlung über die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und ihre Wirkungen. Seine beifällig aufgenommenen Darlegungen klangen in dem Maßstab aus, dem Baugewerksbund auch in dieser bitteren Zeit die Treue zu bewahren. Jeder erwache seine Pflicht, dann werden wir allen Stürmen gewachsen sein. Kollege Pfeiffer vom Baugewerkschaftsbund erläuterte die Frage der Kollisionsarbeiten. Dem folgte eine schließliche Aussprache, an deren Schluß Kollege Bittke noch einige Ausführungen gab. Die Regelung von Betriebsangelegenheiten, Tarifvertragsdifferenzen und dergleichen wurden dem Vorstand überwiegen. Der Tarifvertrag soll gedruckt und den Mitgliedern ausgehändigt werden.

Glaser.

Werbearbeit in unserem Beruf. Die allgemeine wirtschaftliche Krise und die mit ihr verbundene Arbeitslosigkeit ist wohl in keinem Beruf so vorhanden, wie im Glaserberufe. Seit dem 41jährigen Bestehen unserer Organisation ist uns keine Zeit bekannt, in der eine so große Anzahl Mitglieder der Erwerbslosigkeit preisgegeben waren. Durch monatelange Arbeitslosigkeit und große Not sind Hunderte von Mitgliedern der Organisation verloren gegangen. Da geht es, mit der Werbearbeit einzusetzen, um diese Kollegen wieder heranzuführen. Am 8. Februar hielt Kollege Eichhorn eine Glaserversammlung in Magdeburg ab, wodurch etliche Kollegen der Organisation zugeführt wurden. Auf Anregung des Bezirkssekretärs S. Leipzig fand am 9. Mai eine Glaserkonferenz für Sachsen und Thüringen in Gera statt, die von 18 Vertretern der Fachgruppen besetzt war. (Neun Städte hatten leider keine Delegierten geschickt.) Obwohl von allen Teilnehmern große Arbeitslosigkeit gemeldet wurde, war man sich darüber einig, durch fleißige Klärung den Ausbau der Organisation zu fördern. Da auch in Thüringen die Verhältnisse der Mitglieder sehr bedauerlich eingetreten war, wurde Kollege A. Müller, Sanktbrunn, mit der Werbearbeit beauftragt, um in den Fachgruppen Versammlungen abzuhalten, wo in keine Fachgruppen bestehen, Sanktbrunn zu betreiben. Vom 24. bis 31. Mai war er in Magden, Bonn, Coblenz, Köln und Düsseldorf tätig, mußte aber leider wegen Erkrankung seine weitere Tätigkeit unterbrechen. Kollege Bursch, Berlin, besuchte vom 12. bis 19. Juni die Kollegen in Bitterfeld, Dessau, Salberstadt, Halle, Leipzig, Magdeburg, Merseburg und Uedlindurg. Vom 28. Juni bis 5. Juli war er in Breslau, Breg, Wanzlaw, Gleiwitz, Görtitz, Piesnitz und Senftenberg. Die Zeit vom 23. bis 28. August galt den Kollegen in Braunschweig,

Dielefeld, Cassel, Göttingen, Hannover und Stendal, vom 5. bis 12. September wird Kollege Bursch in Belgard, Gersdorfer, Koberg, Gesslin, Sargard, Steffeln und Solp Werbearbeit betreiben. Wenn auch in den Städten, wo nur wenig Verfallskollegen beschäftigt sind und keine Fachgruppen bestehen, augenblicklich große Erfolge nicht zu erzielen waren, so muß doch diese Kleinarbeit geleistet werden, um die uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Kollegen! Schwere Arbeit gilt es noch zu leisten! Sie kann aber bewältigt werden, wenn in den Fachgruppen alle begabten Kollegen dabei mitwirken! Sorgen wir dafür, daß alle in Glaserzeiten beschäftigten Arbeiter über den Wert der Organisation aufgeklärt und dem Baugewerksbund als Mitglieder zugeführt werden!

Die Arbeitslosigkeit im Berliner Glaserberufe. Seit 1919 ist in jedem Jahre ein großer Prozentsatz Glasergehilfen arbeitslos gewesen. Die Winter 1922/1923 und 1923/1924 brachten einen Höheren in der Arbeitslosigkeit. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren war 50 %, so waren in den beiden genannten Wintern 7 bis 80 % der gesamten Kollegenstaffel monatelang arbeitslos. Im letzten Winter hat auch nicht ein einziger Betrieb in Berlin voll gearbeitet. Unschätzbares Aussehen von 3 bis 6 Tagen war monatelang die Regel. Im August waren der normalen Zeiten durchschnittlich 30 bis 40 Kollegen arbeitslos, in diesem Jahre ist die Zahl bei 450 im Beruf Beschäftigten 280 Arbeitslose. Seit November des Vorjahres ist die Zahl nie geringer gewesen. Also in der besten Zeit 62 % Arbeitslosigkeit! Außerdem wird nach in zwei größeren Betrieben, nur 70 Kollegen beschäftigt sind, nur 3 Tage die Woche gearbeitet. — Mitgefühl wirt sich die schlechte Bauwirtschaft so aus, wie im Glaserberufe. Bauwesen, soweit es nicht ganz große Objekte sind, werden von Kleinmeister mit Lehrlingen verlast. Gehilfen werden nicht eingestellt. Zehn- bis zwölftägige Arbeitslosigkeit ist dabei die Regel. Dit müssen noch die Familienangehörigen, Frau und Kinder, mitbestehen. Die Lehrlingszügler und -ausbeutung ist an der Tagesordnung. Trotz ihrer langen Arbeitszeit erhalten die Lehrlinge keine Ferien. Ein Teil der Werktrucker führt die Arbeiten nicht einmal selbständig aus; er übernimmt die Arbeit von größeren Firmen in Alford. Um dann wenigstens den Gehelnslohn zu verdienen, wird 10 bis 12 Stunden, ja sogar noch Sonntags gearbeitet. Die Gehilfen liegen auf dem Bauch. — Reparaturen sind fast gar nicht vorhanden. Während sonst im Sommer größere Reparaturen, wie Fensterberichten, Glasbänder und dergleichen, ausgeführt werden, ist in diesem Jahre davon nichts zu merken. Eine bessere Bauwirtschaft ist jetzt anzuwenden ein; aber ehe die Glaserarbeiten herankommen, wird es Schoner. Aber auch dann wird diese Arbeit nur von kurzer Dauer sein. Größere Einstellungen werden auch nicht in Frage kommen, weil eben die noch im Betrieb Stehenden und jetzt befristet Arbeitenden dann erst wieder voll arbeiten müssen, bevor neue Kräfte eingestellt werden. — Auf der einen Seite also monatelange, ja, über ein Jahr dauernde Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite Lehrlingszügler und überlange Arbeitszeit. So kann es nicht mehr weitergehen! Vor allen Dingen muß der Zugang nach Berlin unterbleiben. Die Kollegen, die in der Provinz arbeitslos werden, müssen versuchen, in anderen Orten der Provinz unterzukommen. Dabei Berlin aber auch die Lehrlingszügler muß aufpassen; denn auch die Unternehmer haben später den Schaden davon. Was soll der Glasergehilfe machen, wenn er monatelang arbeitslos ist? Er nimmt die Garbe und geht von Haus zu Haus; der Glaser ist das Maß nicht dem Verband der Glaserinnungen die Klame: Wir haben jetzt über 6000 Mitglieder, wenn Zweidrittel davon nur Preisdrucker sind, die weder leben noch sterben können, dafür aber dem gesamten Gewerbe den größten Schaden zufügen! Ihr Herren Glasermeister: mit solchen Reuten „heißt“ Ihr das Handwerk! Jüchit weiter Lehrlinge, dann werdet Ihr das Handwerk bald in den Himmel gehoben haben!

Gotha. An der gut besuchten Verammlung am 6. August nahm auch der Angehörige der Baugewerkschaft, Kollege Reube teil, um die allgemeine Lage zu besprechen. Es wurde beschlossen, die Fachgruppenversammlungen monatlich einmal abzuhalten und auch die Organisation der Lehrlinge vorzunehmen. Wenn auf 19 beschäftigte Gehilfen 13 Lehrlinge kommen, ist es angedacht, sich der jungen Leute anzunehmen, zumal es Meister gibt, die ihre Lehrlinge länger als 8 Stunden täglich beschäftigen. Leider haben wir auch noch 8 Glaser hier, die noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben; ein Mitglied hat sich abgemeldet, weil die Gewerkschaften nicht „revolutionär“ genug und die Beiträge zu hoch sind. Obwohl dieser Kollege das sogenannte „Schwanenallert“ erreicht hat und er über 20 Jahre organisiert war, ist ihm dennoch nicht die richtige Erkenntnis gekommen. Wir werden Mühe haben, diese Kollegen zu bekehren und zu Klassenbewußten Stämpfen zu erziehen.

Hollener.

Leipzig. In der am 7. August stattgefundenen Verammlung berichtete Kollege Brinke über die in Berlin zuletzt stattgefundenen Verhandlungen. Jedemfalls wäre das Verhalten der Unternehmer und ihres Wortführers Dr. Nielenz bei dieser Verhandlung für unsere Kollegen der beste Anschauungsunterricht dafür gewesen, wo die Fährst hingehen würde, wenn es den Unternehmern gelänge, ihre Verletzungen restlos durchzusetzen. Wenn ihnen der Schiedspruch das Erhoffte nicht brachte, so werden sie versuchen, das nächste Mal mehr zu erreichen. Unverständlich erscheint uns das Verhalten jener Kollegen, die da glauben, durch angeblich richtige Würdigung der Wirtschaftslage den Spruch auszuweichen zu müssen. In der Aussprache verurteilten alle Redner die Nichtsichtigkeit der Unternehmer, was kann durch einstimmige Ablehnung des Schiedspruches zum Ausdruck kam. Wir würden tauben Ohren predigen, wollten wir die Unternehmer von der bestehenden Not der Arbeiter überzeugen. Nur eine tatkräftige Organisation und natürlich auch etwas Energie jedes einzelnen Kollegen kann unsere Lage verbessern. Unsere nächste Verammlung findet aus besonderen Gründen diesmal am Sonntag, 20. August, vormittags 10 Uhr, statt. Erwähnt ich noch, daß sich die Verhandlungskommission den Schiedspruch zur Ausnahme empfohlen hat, wie Kollege Oedental in einem Kundendienst hervorhebt; denn einzelne Mitglieder der Kommission waren bei Fällung des Spruches bereits abgereist.



Leipziger Herbstausstellung. Leider zu spät bittet uns die Werbestelle der Leipziger Messe- und Ausstellungsges. um die Veröffentlichung ihres Vortragsprogramms am 1. September, beginnend 2 Uhr nachmittags, im Filmvorführungsraum der Halle X. Es werden sprechen: Architekt Höger, Hamburg, über „Wirkungsweite des Radfahrbauens“, Regierungsdirektor Siegemann, Dresden, über „Neuzeitliche Wandkonstruktionen aus Ziegeln“, Firma Händle & Söhne über „Neue Wege zur höchsten Rentabilität eines Zieglerwerkes“, Regierungsbauinspektor Dr. Ing. F. E. r. über „Neuzeitliche Beton- und Ziefbauarbeiten“, Ingenieur Dr. C. A. f. e. l. m. a. n. n. über „Der Bau der Zeißkuppel“, Firma Dr. Bernhardt & Sohn über „Moderne Massivsteinfabrikation“, Bauat Paul Götz, Leipzig, über „Der Mittelstand und sein Ansehen nach Leipzig“. Die Vorträge dauern je 30 Minuten (nur einer 50 Minuten), werden teilweise durch Lichtbilder unterstützt und finden um 6 Uhr ihr Ende.

Wie die Wahrheit franguliert wird. In geradzue unerbörter Weise nehmen in letzter Zeit die Zeitungen der Unternehmenseitung zu den großen Arbeitslosenproblemen. Fast durchweg wird der Arbeiter als ein Mann hingestellt, der keine Lust mehr zum arbeitsen hat, der eine angeborene Arbeitsscheu hat, sich weiterhin durch die Erwerbslosenfürsorge unterhalten zu lassen. Man sollte meinen, diese Scheu vor der Arbeit müßte schamrot werden, wenn sie sich nur einmal die Mühe geben wollten, dem Glend nachzuforschen, das allein durch die Arbeitslosigkeit entstanden ist. Immer und immer wieder werden Vorschläge gemacht, um eine Umstellung der erwerbslosen Arbeiter vorzunehmen. Als ob mit Vorschlägen allein der Allgemeinheit gehiebt wäre. Sobald man aber die Anregungen durchprüft, findet man, daß sie ohne erhebliche Geldmittel nicht durchgeführt werden können. Wo solches aber zu holen ist — das wird leider von all den „Gutmeyern“ nicht gesagt. Wir haben nicht die Mühe, irgendwelche Erörterungen deshalb zu pflegen. Wir wollen nur ganz energisch Verwahrung einlegen gegen die unwahre und verlogene Art und Weise, wie das Arbeitslosenproblem von den Unternehmern behandelt angefaßt und dargestellt wird. Ganz ohne Zweifel ist jeder ehrliche Arbeiter betroffen, sobald wir nur irgendmäßig wieder in Arbeit und Brot zu kommen. In einwandfreier Weise bestätigt das in einem seiner letzten Beiträge das „Landesarchiv der Rheinprovinz“. Es wird dort berichtet, in den letzten Jahren allein seien im Bergbau 176 000 Arbeiter abgelesen, das heißt, entlassen worden. Trotzdem werden zur Zeit nur etwa 40 000 bis 45 000 erwerbslose Bergarbeiter gepflegt. Wo sind die restlichen 130 000 geblieben? Sie sind verlegt oder in andere Berufe hinübergewechselt. Diese 130 000 Arbeiter allein gerät schon das präventivste Übergewicht, als ob der Arbeiter heute zu faul sei, gebotene Arbeit anzunehmen. Doch das wird die Feilschänder nicht abhalten, ihre Verleumdungen fortzusetzen.

Arbeitslose und Zuchtsträfler. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem schwerindustrialen Blatt, das in steigendem Maße gegen die Arbeiter heßt, treibt ein Keel unter dem Pseudonym „Epitama“ sein Unwesen. Dieser schreibt in Nummer 180 über die Zuchtlosigkeit der Arbeitslosen. In dieser Hinsicht erzählt er, wie eine Wanderung konstatiert wird, daß Herr allerlei „Momenbilder“, wobei er auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft zu sprechen kommt: „Dort, von der Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen und in zunehmender Unzufriedenheit begehrt die Kinder des Landes, und hier, in diesem entzündeten Paradies, vor den Zonen der Gladi, Landfremde aus dem fernen Osten, glänzend und zufrieden, ihrer gesunden Arbeit an der Mutter Erde hingeben.“ Schade, daß deutsche Arbeiter noch nichts von den entzündeten Paradiesen vor den Zonen der Städte gemerkt haben. Und schade, daß die Oligarchie die Landfremden — jedenfalls aus höheren Patriotismus — den deutschen Arbeitern vorgehen vor wegen der größeren Anpruchslosigkeit. Dann erzählt der Mann weiter von seiner Wanderung: „Dort oben an der Erde tummelt sich emsig bei der Arbeit eine Schaar von Männern. Soffentlich sind's Deutsche, die auf diesem herrlichen Flecken Erde arbeiten. Wir kommen näher; da fällt uns auf, daß die Arbeitenden alle ganz gleichmäßig gekleidet sind. Im Hintergrunde wird eine uniformierte Gestalt sichtbar, und wir erkennen, daß sie einen Karabiner und die Schulter hängen hat. Es ist eine Kolonne Zuchtsträfler, die wir vor uns sehen. Sie tragen von Gesundheit und sehen gar nicht unzufrieden aus. Zufriedener jedenfalls als die „Stempler“ in dem benachbarten Dorfe. Die umgekehrte Welt! — Die zufriedenen Zuchtsträfler und die unzufriedenen „Stempler“! In der Tat eine eigenartige Gegenüberstellung. Wollte der Schriftzug etwa damit sagen, daß den Arbeitslosen schärfer als den Zuchtsträflern geht? Oder es lehren zu gut geht? Sei dem, wie ihm wolle. Derartige uninnige Ausführungen sind Bekleben allerster Sorte. Sie kennzeichnen den Geisteszustand der Mäcker von der „Deutschen Bergwerkszeitung“.

Industriefabrikation als Schwindel. Kürzlich ging in der hiesigen Stadt Erlangen ein außerordentlich interessanter Prozeß zu Ende. Dieser zeigte, daß man trotz der schlechten Zeiten gut zu verdienen weiß. Angeklagt war der Generaldirektor Dr. J. i. n. a. n. n., Generaldirektor der Stadt Erlangen und Wesheimer Konsumgenossenschaft. Die Firma Reiniger, Gellert und Schall, wo dieser Herr das Regier führt, durch die Firma schwer geschädigt worden. Das jährliche Einkommen des Reiniger betrug 400 000 Goldmark. Er ließ sich ein prächtiges Schloß auf Kosten der Firma bauen, das einen Wert von 700 000 Goldmark repräsentiert. In 17 Fällen konnte dieser Ehrenmann vom Aufsichtsrat insgesamt 722 000 Goldmark erlangen. Von einem Gutachten der Firma in der Schweig zweigte er für persönliche Zwecke 200 000 Goldmark ab. Während der Infation machte die Firma auf Kosten der Firma besondere Geschäfte. Es geht weit in die Millionen Mark, die an den Fingern dieses „Generaldirektors“ hängen geblieben sind. Sogar für eine Freundin wußte er 116 000 Mark flüssig zu machen. Alles in allem ein großer, jahrelang geübter Betrug, der vom Aufsichtsrat gedeckt wurde. Der Vorsitzende dieses famosen Aufsichtsrates, ein Herr J. v. W. i. d. e. l. a. u. s. t. i. n. o, hatte es nicht anders gehalten. Unter anderem ließ er sich Aktien im Werte von 33 000 Mark schenken. Auf die Dauer von zehn Jahren wurde ihm eine Entschädigung von jährlich 67 000 Mark zufließen. Andere Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder haben

sich ebenfalls gründlich die Hände gewaschen. Es sind viele Millionen bei dem Erlanger Unternehmen, das jetzt zum Konzern der Firma Siemens & Halske gehört, auf diese Weise in einer Zeit verschleudert worden, wo die Arbeiter dieses Werkes mit ein paar Pfennigen nach Hause gehen mußten. Der Herr J. v. W. i. d. e. l. a. u. s. t. i. n. o. erhielt 9 Monate Gefängnis. Für solche ungeheuren Summen kann man sich allerdings schon einmal 9 Monate einsperren lassen. Mehr kann man nicht in der Zeit nicht verdienen. In dieser Angelegenheit ist aber ersichtlich, wie an der Spitze der deutschen Industrie teilweise mit dem Gelde gewüßelt wird und welche Summen für Direktoren und Aufsichtsräte leichtsinnig hinausgeworfen werden. Wurde doch in dem Prozeß erklärt, daß Direktorengelälter von jährlich 800 000 M. keine Seltenheit wären. Und da wundern man sich, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihrem geringen Einkommen nicht zufrieden sind.

Affordobn als Mittel der Rationalisierung. In der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ beschäftigt sich Richard Seidel mit dem Problem der Rationalisierung der Produktion vom Gesichtspunkt der Arbeit aus, was die einzige positive Seite der Rationalisierung darstellt. Von dieser Seite gesehen, besteht die Rationalisierung nicht in der Verbreitung nach Höchstleistungen ohne Rücksicht auf den Aufwand an lediglicher und menschlicher Kraft, sondern in der Herstellung eines möglichst produktiven Verhältnisses zwischen Aufwand und Leistung. Inbegriffen ausgedrückt: Wenn auf ein Geschäftsbereich ein menschlicher und lediglicher Kraft ein Höchstmaß des Ertrages gesetzt werden. Diese positive Seite der Rationalisierung kann jedoch nur vom Staat unter Mitwirkung und Mitbestimmung der Gewerkschaften gefördert werden. Die Unternehmer sehen ihr grundsätzlich feindlich gegenüber. Für sie — schreibt Richard Seidel — existiert dieses Problem nicht. Der Unternehmer kennt nur ein Unternehmerrisiko auf Steigerung der Leistung; den niedrigen Affordobn. Sei es nun, daß er durch primitiven Druck auf die Affordobn bei steigendem Verdienst oder durch angelegentlich wissenschaftliche Beobachtungen nach dem Muster von Taylor, Ford und anderen die Produktion zu steigern vermag, sein Ideal bleibt die niedrige Affordobn als Mittel, den Arbeiter zu Höchstleistungen zu zwingen und ihm zugleich jegliche Arbeitslust auszutreiben. Es ist nur das Verdienst der dieser Tendenz entgegenwirkenden Tätigkeit der Gewerkschaften, wenn diese Art der Rationalisierung des Arbeitsprozesses, die in den Händen der Taylor und Ford die Erfüllung ihrer letzten Wünsche erblickt, nicht in die höchste Stufe des Fortschritts während auf die Arbeitskraft gewirkt hat, und es ist durchaus begreiflich, wenn die Meister der „wissenschaftlich“ betriebenen Ausbeutung, die Taylor und Ford, zugleich die unverdrossenen Gegner der Gewerkschaften sind.

Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreien. Die klaren Bestimmungen in der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, die jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verbieten, wollen einigen Richtern aus der alten Schule nicht einleuchten. Immer wieder werden Gerichtsbeschlüsse gefällt, wonach Gesetzesübertreter freigesprochen werden. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn die Sonntagsarbeit in den Konditoreien immer mehr um sich greift. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Herstellung von Lederartikeln, wie Eis, Creme und Schokolade, besteht in jeder Zeit der großen Not in weiten Kreisen wirklich nicht. Das Vorgehen der Unternehmer erbringt lediglich den Profitinteressen, sie sprechen dabei nicht davon zurück, die schicklichen wieder in die strengen Arbeitswoche zu ziehen. Ganz besonders aber muß endlich einmal den Richtern, die nur im Interesse der Unternehmer die freigesprochenen Urteile fällen, gesagt werden, daß sie nicht ganz beitragen, sondern vielmehr gesetzliche Rechte zu respektieren, obwohl sie als deren Hüter bestellt sind.

Die Möglichkeiten und die Wirkungen der Reparationsleistungen. In einem jüngst erschienenen englischen Buch über die wirtschaftliche Deutschland, das vom Verband der englischen Elektrizitätsindustrie herausgegeben wurde, wird die Möglichkeit der deutschen Reparationsleistungen untersucht. Ist Deutschland überhaupt in der Lage, Reparationsleistungen zu leisten? Eine bejahende Antwort — so heißt es in der Veröffentlichung — würde vier wesentliche Bedingungen voraussetzen: a) der jährliche Reichtumswachstum in Deutschland müßte so stark bemerkbar werden, daß die im Zahlungsplan vorgezeichnete Summe von 2,5 Milliarden Mark jährlich aus dem nationalen Ueberschuß bezahlt werden kann; b) die vor dem Krieg bestandene passive Handelsbilanz müßte sich aktiv gestalten und einen Ueberschuß ergeben, der der Spanne zwischen 2,5 Milliarden Mark und der Gesamtsumme der unrichtbaren Exporte gleichkommt; c) der Weltmarkt für industrielle Waren müßte sich entweder so ausdehnen, daß eine zusätzliche Warenmenge von 2 bis 2 1/2 Milliarden Mark aus Deutschland ohne Schwierigkeiten aufgenommen werden kann — die dabei in Frage kommenden Industrieprodukte sind fast nur Eisen und Stahl, Maschinen und elektrische Produkte, Textilien und Chemikalien — oder durch die scharfe Konkurrenz deutscher Firmen muß eine solche Verdrängung auf dem Weltmarkt eintreten, daß die Unternehmer anderer konkurrierender Länder zurückweichen müssen, um dem von Deutschland geforderten Exportüberschuß von 2 Milliarden Mark Raum zu geben; d) die tatsächliche Uebertragung (Reparatur) der im Davesplan vorgezeichneten Summen tritt ein, sondern diese Summen werden in die deutsche Industrie und Landwirtschaft investiert. Der Davesplan — wie in dem erwähnten Buch ausgeführt wird — den Lebensstand in Deutschland herabdrücken. Er wird den Preisstand auf ein niedriges Niveau zwingen als gegenwärtig, um einen Exportüberschuß in Gang zu bringen. Er wird die deutschen Firmen zu einer Politik der Schleuberaufnahme antreiben und ernste und anhaltende Schwierigkeiten in den wichtigsten Industrien Großbritanniens herbeiführen.

Die Willen des Montantruffs. Der Generaldirektor des Montantruffs, Dr. Wögel, hat den Wert der in Montantruff bereiteten Anlagen um 2 1/2 Milliarden Mark angegeben. Gelegenheit der jüngst erfolgten Zusammenkunft einer Kommission zur Verneinung der Montantruff der Zulassungsbefugnisse einen Prozeß unterbreiten, der sämtliche wichtigen Daten

über Besitz und Verbindlichkeiten enthalten sollte. Die Leistung des Montantruffs zeichnet sich aber durch genaue Orientierung der Rechenleistung nicht aus, ebensowenig wie der Rechenleistung. So kann man aus dem Prozeß nicht recht feststellen, wie die übernommenen Anlagen werden in der Aufstellungsbilanz mit einem Wert von 177 Millionen Mark eingeschlagen. Hierzu kommen die Verleistungen des Montantruffs an andere Unternehmungen, worunter die bereits auf 58 % angestiegene Verleistung bei der österreichischen Alpen Montantruff die wichtigste ist. Die Höhe der Verleistungen ist jedoch unvollkommen. Die Aktien der Werksfirmen die zum Teil nach Gründung des Montantruffs übernommen wurden, sind nicht bezeichnet. Auch über den Aktienstand und die Schuldner stellen im Prozeß die nötigen Angaben.

Der steigende Einfluß des Bankkapitals auf die Industrie. Wie sehr die Macht des deutschen Bankkapitals gegenüber der Industrie in dauerndem Steigen begriffen ist, davon gibt ein deutscher Bankfachmann in der jüngst erschienenen halbjährlichen Bankrundschau des „Mandchester Bankers Commercial“ die folgende Darstellung: „Es kann heute ohne Ueberzeugung gesagt werden, daß die Banken einen gewaltigen Einfluß auf die deutsche Industrie besitzen. Sie haben die Stellung, die sie vor dem Krieg innehalteten, wieder gewonnen, so aber, daß sie nur sehr selten als Gründer oder Teilhaber erscheinen, vielmehr auf die Gewährung von Krediten einen Einfluß ausüben, der zwar indirekt, deshalb aber nicht weniger wirksam ist. Durch ihre Entscheidung über die Kreditgewährung sind die Banken in der Lage, bei den allermeisten Industrienunternehmungen über Sein oder Nichtsein zu bestimmen. Das große und weltberühmte Konzern die Unabhängigkeit dadurch aufrecht erhalten haben, daß sie Kredite im Ausland ohne Vermittlung deutscher Banken erstellten, zeigt nur noch deutlicher die Lage, in der sich die große Masse der deutschen Industrieunternehmen befindet. Selbstverständlich suchen die mittleren und kleineren Unternehmungen ohne Hilfe der Banken. Zum Teil versuchen sie, Spezialbanken zu gründen, die den Anforderungen der einzelnen Industrien angepaßt sind. Aber diese Banken sind nicht zu irgendwelcher Bedeutung gelangt, nur in besonderen Fällen, so in der Textil- und Brauindustrie, wurden Erfolge erzielt, besonders wenn die Spezialbank durch irgend einen großen Konzern gestützt wurde. In der Automobilindustrie erlangten diese Spezialinstitute Bedeutung, indem sie mit Hilfe fremden Kapitals versuchten, das Abzahlungsgehalt zu finanzieren. So oft die Banken sich in Kreditgeschäften nicht einlassen wollen, und so oft Kredithilfe vom Ausland nicht zu erhalten ist, wenden sich die Unternehmungen an das Reich, an die Einzelstaaten oder an Gemeinden. So war es besonders bei der Eisen-, Maschinen-, Automobil- und Schiffbauindustrie, die außerordentlich schwer unter der Wirtschaftskrise leiden. Wahrscheinlich wird der selbstverante Einfluß der Banken in Zukunft noch zunehmen, weil nämlich, sobald eine wirtschaftliche Neuverteilung eintritt, der Kapitalbedarf in einer großen Anzahl von Industrien stark wachsen wird. Wenn sich zur Kreditgewährung noch die Ausgabe neuer Anteilsscheine hinzukommen, was sich in der weiteren Stärkung der Machtstellung der Banken auswirken wird.“

Erstatlungen und Ostkrankenassen. Neben den reichsgeschiedenen Krankenassen sind noch etwa vier Arten von Gesetz anerkannter Erstatlungen vorhanden, die 1925 eine Mitgliederzahl von rund 1 Million Stammmembers umfaßte oder 1 1/2 Millionen Versicherte (einschließlich Familienangehörige) überhaupt betrafen. Auf eine Reihe kamen beinahe 25 000 Mitglieder, während die Ostkrankenassen im Durchschnitt nur 5200 Mitglieder haben. Von den Mitgliedern der Erstatlungen waren im Jahre 1925 nicht weniger als 56 % versicherungspflichtig. Vergleicht man die Beiträge und die Leistungen der Erstatlungen mit denen der Ostkrankenassen, so spricht das Ergebnis sehr zugunsten der letzteren. Auf einen Hauptbestandteil entfiel 1925 bei den Erstatlungen ein Beitrag von 78 M., bei den Ostkrankenassen 68 M., etwa 45 % weniger. Die Leistungen der Erstatlungen für je einen Stammmember betragen 68,04 M., bei den Ostkrankenassen 24,48 M., also nur etwa um 38 % weniger. Der Grund hierfür — wie in der „Wirtschaft und Statistik“ ausgeführt wird — sind die höheren Verwaltungskosten bei den Erstatlungen. Nach der amtlichen Statistik betragen die Verwaltungsausgaben 1924 13 % der Gesamtausgaben, das heißt, 9,46 M. je Mitglied. Gegenüber 1914 bedeutet das eine Steigerung von 62 %; 1925, als eine weitere Steigerung der Verwaltungskosten erfolgte, war die Steigerung bereits 75 %. Bei den Ostkrankenassen betrug dagegen die Erhöhung der persönlichen Verwaltungskosten nur 32 %, die jährlichen haben, im Gegensatz zu den Erstatlungen, bei denen diese Ausgaben um 21 % stiegen, je Mitglied sogar abgenommen.

Berufliche Fortbildung für Hamburger Maurer. Strecknamen Hamburger Maurer ist Gelegenheit gegeben, sich in ihren freien Stunden Beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerkschaft, Hamburg, bestehende neue Erstatlung für je einen Stammmember betragende 68,04 M., bestehende technische Berufsbildung, die es ermöglicht, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Veranschaulichungen und Unterweisungen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird Unterricht über Holzkonstruktionen, Eisenkonstruktionen, Gerüstbau, Entwurf von Stagenhäusern, öffentlichen Gebäuden, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, über Veranschaulichung und Durchführung, Eisenbetonbau usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwurfs- und Konstruktionsarbeiten angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Baumeistern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsprogramm beginnt gegen Mitte Oktober. Programm und Auskunft lagten von abends 6 bis 8 Uhr in der Veranlassung Seite 3 am 8. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute berufliche und technische Ausbildung im Bereich mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf diese Erstatlung besonders hingewiesen. Eine solche Methode der Berufsbildung in Italien. Erst kürzlich hat die faschistische Regierung die Arbeitszeit verlängert. Ihre jüngste Maßnahme verfolgt die Absicht, die

